



Baden-Württemberg
Bayern
Berlin
Brandenburg
Bremen
Hamburg
Hessen
Mecklenburg-Vorpommern
Niedersachsen
Nordrhein-Westfalen
Rheinland-Pfalz
Saarland
Sachsen
Sachsen-Anhalt
Schleswig-Holstein
Thüringen

Beschluss

TOP I. 5 Kein Zwang zum „gläsernen Nutzer“ – Anspruch auf datensparsame Nutzung großer Internetplattformen normieren

Berichterstattung: Bayern, Hessen, Saarland

- 1. Die Justizministerinnen und Justizminister haben sich mit der Rolle großer digitaler Plattformen in der zunehmend von Digitalisierung geprägten Gesellschaft befasst.

2. Sie sind der Auffassung, dass bestimmte Dienste solcher Plattformen – insbesondere solche, die der Information und Kommunikation dienen – zahlreiche Lebensbereiche so stark durchdringen und für den Alltag der Bürgerinnen und Bürger sowie für deren gesellschaftliche Teilhabe derart essentiell geworden sind, dass ihr Stellenwert inzwischen demjenigen von Leistungen der Daseinsvorsorge nahekommt.

- 3. Die Justizministerinnen und Justizminister begrüßen die auf europäischer und nationaler Ebene ergriffenen Schritte, um die Marktmacht beherrschender Plattformen regulatorisch zu begrenzen.

4. Sie sehen jedoch mit Sorge, dass unabhängig von diesen Maßnahmen der Zugang der Bürgerinnen und Bürger zu diesen Formen der gesellschaftlichen Teilhabe in vielen Fällen nur gegen eine umfangreiche Preisgabe persönlicher Daten gewährt wird. Sie sind der Auffassung,



92
NRW
2021

92. KONFERENZ DER
JUSTIZMINISTERINNEN
UND JUSTIZMINISTER

dass Leistungen, die inzwischen für viele Verbraucherinnen und Verbraucher unverzichtbar sind, nicht nur um den Preis „gläserner Nutzer“ zugänglich sein dürfen.

- Über die bereits im Bericht der Länderarbeitsgruppe „Digitaler Neustart“ vom 15. Mai 2017 angeregte Transparenz hinaus („Button-Lösung beim Bezahlen mit Daten“) bitten die Justizministerinnen und Justizminister die Bundesregierung, essenzielle, für die Teilnahme am Alltag und für die gesellschaftliche Teilhabe unverzichtbare digitale Leistungen bestimmter Internetplattformen zu identifizieren bzw. zu definieren. Sie bitten die Bundesregierung ferner, zu prüfen, wie auf europäischer oder nationaler Ebene ein Anspruch auf eine datensparsame Nutzung solcher Angebote dieser Formen gesellschaftlicher Teilhabe gegebenenfalls gegen Entgelt normiert werden kann.

Baden-Württemberg
Bayern
Berlin
Brandenburg
Bremen
Hamburg
Hessen
Mecklenburg-Vorpommern
Niedersachsen
Nordrhein-Westfalen
Rheinland-Pfalz
Saarland
Sachsen
Sachsen-Anhalt
Schleswig-Holstein
Thüringen